

„Ablehnung des Staates eint Corona-Leugner“

Extremismusforscher: Rechtsradikale Parteien konnten vom Protest bislang nicht profitieren

Von Christopher Onkelbach

Essen. Aus den zahlreichen Protestaktionen der Pandemie-Leugner hat sich seit dem Frühjahr in NRW eine neue soziale Bewegung formiert. Sie wird geprägt von zahlreichen Gruppen und teils demokratiefeindlichen und rechten Verschwörungsmethoden. Der Versuch rechtsextremer Parteien, die Bewegung zu unterwandern, ist aber bislang weitgehend gescheitert.

Dies sind Ergebnisse einer Studie der Rechtsextremismusforscher Fabian Virchow und Alexander Häusler von der Hochschule Düsseldorf. Sie gingen der Frage nach, ob rechtsextreme Organisationen oder Parteien die von Gruppen wie „Querdenken“ organisierten Proteste für ihre Zwecke nutzen oder sogar von innen steuern würden.

Zwischen April und September

zählten die Wissenschaftler in NRW insgesamt 651 Veranstaltungen von Gegnern der Corona-Maßnahmen. Die Landeshauptstadt Düsseldorf habe sich dabei zum Zentrum der Corona-Leugner entwickelt. Dort fand am 20. September auch die mit rund 3500 Teilnehmern die bisher größte Kundgebung statt. Protestschwerpunkte seien zudem Köln und Essen.

Nach Erkenntnissen der Forscher sind die einzelnen Gruppen gut untereinander vernetzt. Es habe sich ein Kern von Protestierenden herausgebildet, die regelmäßig an verschiedenen Orten auftreten. Erkennbar sei eine zunehmende Professionalisierung.

Von Beginn an hätten „nahezu alle Rechtsaußenparteien versucht, das Thema parteipolitisch zu instrumentalisieren und politisch an die Straßenproteste Anschluss zu fin-



Düsseldorf ist eines der Zentren der Corona-Leugner. FOTO:IMAGO

den – in der Hoffnung, davon profitieren zu können“, so die Studie. Doch die Befürchtung, dass Rechte die Bewegung kapern könnten, habe sich bislang nicht bestätigt. „Weder der AfD noch extrem rechten Splitterparteien wie ‚Die Rechte‘ oder ‚Der III. Weg‘ ist es bisher erkennbar gelungen, sich an die Spitze solcher Proteste zu setzen oder

die eigene Anhängerschaft durch Protestteilnahme in nennenswertem Ausmaß zu vergrößern.“

Vielmehr sei aus den Protestaktionen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Kontrolle der Pandemie eine Bewegung hervorgegangen. Diese heterogene Szene werde geeint durch die Skepsis gegenüber dem Staat und seinen Vertretern sowie durch die Ablehnung der staatlich angeordneten Corona-Maßnahmen. Es bestehe die Gefahr, dass sich Teile der Bewegung weiter radikalisierten, so die Autoren. Der Brandanschlag auf das Robert Koch-Institut, die versuchte Erstürmung des Bundestags Ende August sowie Drohungen gegenüber Journalisten und Politikern seien Warnsignale. Manche Aktivisten scheuten nicht einmal davor zurück, Menschen zu bedrohen, die sich auf Covid-19 testen lassen wollen.

WAZ 05/12/2020